

II-6498 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 32221J

1989-02-01

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Haider, Dkfm. Bauer
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend die Versteuerung von ÖGB-Inkassoprovisionen

Der Österreichische Gewerkschaftsbund sieht im sogenannten "Betriebsinkasso" die effizienteste Form der Einhebung der Gewerkschaftsbeiträge.

Zur Förderung des Betriebsinkassos kann sich daher gemäß einem Beschuß des Präsidiums der Gewerkschaft der Privatangestellten vom 26. Juni 1986 der Betriebsrat beziehungsweise Inkassant des ÖGB bei jeder Abrechnung 1,5% der kassierten Mitgliedsbeiträge als Inkassogebühr einbehalten.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob von den Betriebsräten bzw. Inkassanten bisher diese Inkassogebühren ordnungsgemäß versteuert wurden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) Inwieweit ist Ihnen bekannt, ob die Betriebsräte bzw. Inkassanten des ÖGB die "Inkassogebühren" für die Einhebung der Mitgliedsbeiträge bisher ordnungsgemäß versteuert haben?
- 2) Hat der ÖGB bisher den Finanzbehörden die Provisionslisten dieser Inkassoprovisionen übermittelt?
- 3) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um auch in diesem Bereich allfällige "Grauzonen" für die Zukunft auszuschließen?